Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

20.05.1992 - Beschlußprotokoll 11. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
11. Sitzung
20. 05. 92
Nr. 13/135 — 13/159

Nr. 13/135

Fragestunde

1. Hebammenschule Bremerhaven
   Anfrage des Abgeordneten Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 18. März 1992

2. Änderung des GVFG
   Anfrage der Abgeordneten Barbara Klöpper, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 18. März 1992

3. Situation der Versorgung älterer Bürgerinnen und Bürger im Lande Bremen
   Anfrage der Abgeordneten Barbara Noack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 18. März 1992

4. Wohnungsbau in Niedersachsen
   Anfrage der Abgeordneten Schreiber, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 19. März 1992

5. Ergebnisse der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP)
   Anfrage der Abgeordneten Barbara Noack, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 23. März 1992

6. Tempo-Kontrollen durch Radarmessung
   Anfrage der Abgeordneten Ravens, Kudella und Fraktion der CDU vom 26. März 1992

7. Schutzräume im Katastrophenfall
   Anfrage der Abgeordneten Weidenbach, Marion Blohm und Fraktion der DVU vom 30. März 1992

8. Vergabe von Wohnungen
   Anfrage der Abgeordneten Weidenbach, Marion Blohm und Fraktion der DVU vom 30. März 1992

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Kindergärten für städtische Angestellte
   Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 1. April 1992

10. Frauenparkplätze in der unteren Etage der Parkhäuser
    Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 1. April 1992

Die Anfragen werden zurückgezogen.

11. Gewalt gegen Polizei durch Ausländer
    Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 2. April 1992

12. Novellierung des Tierschutzgesetzes
    Anfrage der Abgeordneten Dr. Elisabeth Hackstein (GRÜNE) vom 2. April 1992

13. Anwaltsgebühren / Antirassismusbüro
Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 2. April 1992

14. Fehlende Aufsicht beim Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP)
Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (GRÜNE) vom 21. April 1992

15. Management-Training für Senatoren und politische Beamte
Anfrage der Abgeordneten Bürger, Kudella und Fraktion der CDU vom 22. April 1992

16. Autoreisezugverkehr
Anfrage des Abgeordneten Mützelburg (GRÜNE) vom 23. April 1992

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

17. Fraktionsgeschäftsführer
Anfrage des Abgeordneten Altermann vom 27. April 1992

Die Anfrage wird zurückgezogen.

18. Wiedereinführung von Karenztagen für Arbeitnehmer
Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 27. April 1992

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

19. Pflegeversicherung
Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 27. April 1992

20. Lärmschutz für Kleingartenanlagen
Anfrage der Abgeordneten Christine Wischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 27. April 1992

21. Maßnahmen gegen in Arbeitskampfmaßnahmen einbezogene Beamte
Anfrage der Abgeordneten Jungclaus, Welke und Fraktion der FDP vom 5. Mai 1992

22. Kommunales Immobilien-Leasing in der Freien Hansestadt Bremen
Anfrage des Abgeordneten Welke und Fraktion der FDP vom 5. Mai 1992

23. Verhinderung von archäologischen Raubgrabungen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Lydia Bohling, Kudella und Fraktion der CDU vom 7. Mai 1992

24. Möglicher Ausbau der Hochschule Bremerhaven zu einer „Meeresuniversität"
Anfrage der Abgeordneten Lydia Bohling, Kudella und Fraktion der CDU vom 7. Mai 1992

25. Auswärtige Drogenabhängige
Anfrage der Abgeordneten Roswitha Erlenwein, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. Mai 1992

26. Bremer Entsiegelungsprogramm 1992
Anfrage der Abgeordneten Niederbremer, Kudella und Fraktion der CDU vom 8. Mai 1992

27. Mögliche Kündigung des „Jahrhundertvertrags" über die Verstromung westdeutscher Steinkohle
Anfrage der Abgeordneten Niederbremer, Kudella und Fraktion der CDU vom 13. Mai 1992

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/136

Stabile Währung für ein geeintes Europa

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 24. Februar 1992
(Drucksache 13/68)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Nr. 13/137

Fortschritte auf dem Weg zu einem politisch geeinten Europa

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 20. Mai 1992
(Drucksache 13/152)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Nr. 13/138

Konsequenzen der Ergebnisse des Europäischen Rates vom 9./10. Dezember 1991 in Maastricht für die Länder

Mitteilung des Senats vom 17. März 1992
(Drucksache 13/99)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/139

Stärkung des Föderalismus und der Länderparlamente im Rahmen der Verfassungsreform

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP, DIE GRÜNEN und der CDU
vom 20. Mai 1992
(Neufassung der Drs. 13/110 vom 24. März 1992)
(Drucksache 13/150)

1. Die föderative Ordnung hat sich als tragendes Verfassungsprinzip der Bundesrepublik Deutschland bewährt. Der Föderalismus bietet unter den Bedingungen der Vereinigung Deutschlands eine große Entwicklungschance.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht deshalb eine wesentliche Aufgabe der anstehenden Verfassungsreform darin, die Stärkung und Weiterentwicklung des föderativen Systems in der Bundesrepublik Deutschland verfassungsrechtlich zu verankern und zu sichern.

   Dabei sind insbesondere die folgenden Grundsätze zu beachten:

   — Bei den Gesetzgebungskompetenzen und dem Gesetzgebungsverfahren ist die Stellung der Bundesländer und des Bundesrates zu stärken.

   — Die Übertragung von Länderzuständigkeiten an die Europäische Gemeinschaft darf nur mit Zustimmung der Länder erfolgen. Darüber hinaus sind die Länder an den sie betreffenden supra- und internationalen Politikbereichen stärker zu beteiligen.

   — Im Rahmen der Neuordnung der Finanzverfassung sind den Ländern und Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben ausreichende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

   Der Senat wird aufgefordert, sich in diesem Sinne für die Belange der Länder und die Stärkung des föderativen Systems bei den Verfassungsreformarbeiten einzusetzen.

3. Für die Wahrnehmung der demokratischen Verantwortung und für das Gelingen der Verfassungsreformarbeiten ist die Mitwirkung der Länderparlamente unabdingbar.

   Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, regelmäßig über den Stand der Beratungen in der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zu berichten.

   Der Parlamentsausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten wird beauftragt, die Berichterstattung des Senats entgegenzunehmen und die parlamentarische Beratung vorzubereiten. Die Berichtspflicht des Senats gegenüber der Deputation für Justiz und Verfassung bleibt davon unberührt.

   Die Bürgerschaft (Landtag) ist so rechtzeitig zu unterrichten, daß eine Willensbildung durch das Parlament gewährleistet ist.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt zugleich den Vorschlag des Landtages von Nordrhein-Westfalen, eine Bundesverfassungsreform-Kommission aus Mitgliedern der Länderparlamente zu bestellen. Aufgabe dieser Kommission soll es sein, die Beratungen der gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zu begleiten und die aus Sicht der Länderparlamente notwendigen Vorschläge und Stellungnahmen zu erörtern und zu formulieren, um so die Willensbildung in den Parlamenten der Länder vorzubereiten.

Nr. 13/140

Reform des Grundgesetzes

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 20. Mai 1992
(Drucksache 13/151)

Die Bürgerschaft (Landtag) hält eine öffentliche Debatte über die Reform des Grundgesetzes für unverzichtbar und spricht sich dafür aus, daß die neue Verfassung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird.

Nr. 13/141

Überprüfung der Versorgungsregelungen für Abgeordnete und Senatoren in Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 4. Mai 1992
(Drucksache 13/127)

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet die nach § 24 des Abgeordnetengesetzes berufene Kommission um eine vergleichende Begutachtung (Bund und Länder) der Versorgungs- und Anrechnungsregelungen für Abgeordnete und Senatoren in Bremen. Die Bürgerschaft beabsichtigt, Schlußfolgerungen aus dieser Stellungnahme im Rahmen der Haushaltsberatungen 1992/93 umzusetzen.

Der Senat und der Vorstand der Bürgerschaft sollen an den Beratungen der Kommission beteiligt werden.

Nr. 13/142

Ozon-Loch

Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 10. März 1992
(Drucksache 13/92)

Seit Jahren weisen Klimaforscher auf die Gefahr für die natürlichen Lebensgrundlagen und die menschliche Gesundheit hin, die mit dem Abbau der stratosphärischen Ozonschicht verbunden sind.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" hat in ihrem dritten Bericht 1990 dazu zum wiederholten Male Stellung genommen.

Aktuelle Messungen beschreiben eine weitere dramatische Abnahme der Ozonschicht über der nördlichen Halbkugel und sagen eine weitere Reduzierung bis zu 50 % noch bis März dieses Jahres voraus.

Es ist völlig unbestritten, daß für diesen Abbau vor allem Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) und Halogene verantwortlich sind.

Die einzig verantwortliche Schlußfolgerung aus allen seit Jahren vorliegenden Erkenntnissen ist ein sofortiges Verbot von Produktion und Einsatz von Halogenkohlenwasserstoffen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin im Bundesrat darauf hinzuwirken, daß auf Bundesebene

- die Rechtsgrundlage so gestaltet wird, daß in Produktion und im Handel Verbote bzw. Einschränkungen für alle ozonzerstörenden Stoffe noch 1993 wirksam werden können,
- für FCKW-haltige Produkte, die sich bereits im Handel oder beim Verbraucher befinden, weitergehende Entsorgungskonzepte und Recyclingvorschriften (Rücknahmeverpflichtungen etc.) festgelegt werden,
- für alle ozonzerstörenden Stoffe Im- bzw. Exportverbote erlassen werden.

Der Senat wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß

1. das Montrealer-Protokoll zum Schutz der OZON-Schicht auf der Vertragsstaatenkonferenz in Kopenhagen im Herbst dieses Jahres so verschärft wird, daß eine Verkürzung der Ausstiegsfristen für die dort geregelten Verbindungen weltweit auf das Jahr 1993 festgelegt wird und eine Aufnahme der bisher nicht geregelten teilhalogenisierten Substanzen erfolgt mit dem Ziel, deren Produktion und Verkauf weltweit ebenfalls bis zum Jahre 1993 zu verbieten.

   In diesem Zusammenhang müssen auch die noch geltenden Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer aufgehoben und eine entsprechende Ausweitung des Finanzvolumens für den Technologietransfer FCKW-freier Ersatzstoffe und -technologien vorgesehen werden,
2. eine EG-Initiative zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Produktion und dem Gebrauch von FCKW in der Europäischen Gemeinschaft eingeleitet wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- über die Bremer Sonderabfall-Beratungsgesellschaft auf Bremer Betriebe und den Handel dahingehend Einfluß zu nehmen, daß FCKW-haltige Produkte weder produziert noch angeboten werden und auf die Anwendung verzichtet wird,
- unverzüglich für das Land Bremen ein Entsorgungskonzept vorzulegen und Recyclingvorschriften für die Stadt Bremen zu erlassen,
- bei der Bremer Sonderabfall-Beratungsgesellschaft die Entwicklung umfassender Beratungsangebote über die Vermeidung von Halogenkohlenwasserstoffen und über den Einsatz von unschädlichen Ersatzstoffen anzuregen,
- in den Eigenbetrieben und im öffentlichen Beschaffungswesen Produkte zu verwenden, die keine ozonschädigende Wirkung haben. Ausnahmen dürfen nur möglich sein, wenn sie unumgänglich sind und wenn diese Produkte vollständig entsorgt werden können.

Nr. 13/143

Klimaschutz und Ozonloch
Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Mai 1992
(Drucksache 13/143)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/144

Finanzierung der zusätzlichen Kulturmaßnahmen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 3. März 1992
(Drucksache 13/77)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. März 1992
(Drucksache 13/113)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 13/145

Asylpolitik: Lösungsvorschläge
Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
vom 16. März 1992
(Drucksache 13/94)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/146

Gesetz zu dem Abkommen über die Durchführung der Wirtschaftsprüferordnung in den Ländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein
Mitteilung des Senats vom 3. März 1992
(Drucksache 13/78)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/147

Gesetz zur Änderung des Bremischen Justizkostengesetzes
Mitteilung des Senats vom 3. März 1992
(Drucksache 13/79)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 13/148

Bremische Familienhilfe
Antrag der Fraktion der DVU
vom 16. März 1992
(Drucksache 13/96)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/149

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4
vom 28. April 1992
(Drucksache 13/126)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/150

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5
vom 12. Mai 1992
(Drucksache 13/138)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/151

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Förderung der Gleichberechtigung der Frau im Lande Bremen"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Annelene von Schönfeldt

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Merve Pagenhardt zum Mitglied sowie die Abgeordnete

Annegret Pautzke

zu deren Stellvertreterin.

Nr. 13/152

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Gemeinsamen Planungsrats der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Magnus Buhlert

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Merve Pagenhardt zum stellvertretenden Mitglied.

Nr. 13/153

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Landesbeirats für Jugendbildung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Magnus Buhlert

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Merve Pagenhardt zum stellvertretenden Mitglied.

Nr. 13/154

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Inneres

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abeordneten

Christian Weber

anstelle des aus der Deputation ausgeschiedenen Abgeordneten Horst Isola zum Mitglied der staatlichen Deputation für Inneres.

Nr. 13/155

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Gisela Fröhlich

anstelle der aus der Deputation ausgeschiedenen Abgeordneten Barbara Wulff zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales.

Nr. 13/156

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Angelegenheiten der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und ihrer Integration"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abegordnete

Elke Steinhöfel

zum Mitglied sowie die Abgeordnete

Barbara Wulff

zu deren Stellvertreterin.

Nr. 13/157

Wahl zweier stellvertretender Mitglieder des nichtständigen Ausschusses „Reform der Landesverfassung"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Jutta Kellmann-Hoppensack

zur Stellvertreterin von Marlis Grotheer-Hüneke sowie den Abgeordneten

Andreas Lojewski

zum Stellvertreter von Elke Steinhöfel.

Nr. 13/158

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses „Bundes- und Europaangelegenheiten"

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Marion Blohm

zum Mitglied sowie den Abgeordneten

Klaus Blome

zu deren Stellvertreter.

Nr. 13/159

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. „Sieg-Heil" im Parlament
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der DVU
   vom 30. März 1992
   (Drucksache 13/116)

2. Verkürzung der Studienzeiten (sogenannte „Freischußregelung")
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 28. April 1992
   (Drucksache 13/122)

3. Luneplate
   Antrag der Fraktion der CDU vom 18. Mai 1992
   (Neufassung der Drs. 13/128 vom 04. 05. 92)
   (Drucksache 13/142)

4. Luneplate
   Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
   vom 19. Mai 1992
   (Drucksache 13/146)

5. Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Bremerhaven
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 4. Mai 1992
   (Drucksache 13/129)

6. Förderung des Wohnungsbaus durch Veräußerung von Sozialwohnungen
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 5. Mai 1992
   (Drucksache 13/130)

7. Fraktionsgeschäftsführer
   Antrag des Abgeordneten Altermann vom 6. Mai 1992
   (Drucksache 13/137)

8. Situation der bremischen Hochschulen
   Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
   vom 5. März 1992
   (Drucksache 13/81)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 29. April 1992
   (Drucksache 13/123)

9. Verfassungswidrige Haftpraxis wegen Personalmangels bei der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft
   Große Anfrage der Fraktion der CDU
   vom 23. März 1992
   (Drucksache 13/108)

   D a z u

   Mitteilung des Senats vom 7. April 1992
   (Drucksache 13/117)

10. Ausbau der Schleusenkapazität im Fischereihafen Bremerhaven
    Große Anfrage der Fraktion der CDU
    vom 23. März 1992
    (Drucksache 13/109)

    D a z u

    Mitteilung des Senats vom 7. April 1992
    (Drucksache 13/118)

11. Fehlende Kontrolle über das Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP)
    Große Anfrage der Fraktion der CDU
    vom 23. April 1992
    (Drucksache 13/121)

    D a z u

    Mitteilung des Senats vom 19. Mai 1992
    (Drucksache 13/144)

Druck: Hans Krohn, Bremen